



Konkurrenz belebt das Geschäft

Es ist gut, dass sich inzwischen drei Genossen und drei Genossinnen um den Berliner SPD-Vorsitz bewerben, wobei Amtsinhaber **Raed Saleh** seine Kandidatur noch nicht offiziell erklärt hat. Saleh ist seit 2011 Fraktionsvorsitzender und seit 2020, gemeinsam mit **Franziska Giffey**, Landesvorsitzender der SPD. Giffey hat inzwischen erklärt, nicht wieder zu kandidieren. Einer von beiden hätte so und so verzichten müssen, weil zwei Funktionsträger aus Senat und Abgeordnetenhaus künftig nicht mehr gemeinsam an der Spitze der Partei stehen dürfen.

Von **Luise Lehmann**, die als Ko-Vorsitzende von Saleh „gehandelt“ wird, habe ich noch nie etwas gehört, was nichts heißen will. Auch sagen mir die Namen **Kian Niroomand** und **Jana Bertels**, auch wenn sie wichtige Funktionen in der SPD innehaben, nichts. Ex-Staatssekretärin **Nicola Böcker-Giannini** und Neuköllns Bezirksbürgermeister **Martin Hikel** kenne ich natürlich, was aber auch nichts heißen will.

Im Mai wird ein neuer Landesvorstand gewählt. Die Frage ist, von wem. Es würde der SPD gut zu Gesicht stehen, ihren Mitgliedern die Entscheidung zu überlassen, so wie es 2014 bei **Michael Müller** geschah, als die SPD einen neuen Regierenden Bürgermeister als Nachfolger von **Klaus Wowereit** suchte.

Angesichts der dramatischen Situation, in der sich die SPD, auch in Berlin, derzeit in Umfragen befindet, wäre ein Neuanfang mit neuen Gesichtern sinnvoll. Von 2011, 28,3%, über 2016, 21,6% bis 2021, 21,4%, ging es für die Berliner SPD immer abwärts. Dafür die Schuld allein **Klaus Wowereit**, **Michael Müller** und **Franziska Giffey** zuzuschreiben, würde zu kurz greifen. **Raed Saleh** war ganz vorn seit 2011 dabei und trägt zumindest eine Mitschuld. In der aktuellen INSA-Umfrage vom 31.01.2024 liegt die SPD bei 16 Prozent, einen Punkt hinter den Grünen und weit entfernt von der CDU mit 29 Prozent. Die jetzige Koalition käme auf 45 Prozent, eine Neuaufgabe von R2G auf 43 Prozent.

Blicken wir also mal wieder in den nächsten Wochen und Monaten auf die Personalpolitik der Berliner SPD.

Ed Koch